

CH_VB 92.3219 vom 14. Dezember 1992

Bundesverwaltung, 1992-12-14, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_92.3219

FR: CH_VB 92.3219 du 14 décembre 1992

IT: CH_VB 92.3219 del 14 dicembre 1992

Erwägungen

E. 14

décembre 1992 die Hand zu nehmen ist Klare Aussagen dazu finden sich in seinem Bericht zur Ausländer- und Flüchtlingspolitik vom

E. 15

Mai 1991, im Geschäftsbericht 1991 sowie in den Regie- rungsrichtlinien 1991-1995. Einen konkreten ersten Nieder- schlag hat diese Neuorientierung bereits in der Ausländerre- gelung 1991/92 gefunden. So wurden einerseits weniger Sai- soniereinheiten freigegeben und andererseits die Höchst- zahlen für Jahres- und Kurzaufenthalter angehoben, u. a, um die Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften besser abdecken zu können. Der eingeleitete Trend soll mit der BVO- Revision 1992 weitergeführt werden. Der Bundesrat teilt im weiteren die Auffassung des Motionärs, wonach im Interesse eines flexiblen Arbeitsmarktes wo immer möglich auf kantonale Zutrittsbeschränkungen verzichtet wer- den sollte. Mobilität und Freizügigkeit-auch bei den liberalen Berufen - gehören untrennbar zu einem funktionsfähigen Bin- nenmarkt Schweiz. Er wird deshalb abklären, ob der Bund mit Blick auf dieses Ziel und gestützt auf Artikel 33 Absatz 2 der Verfassung über das heutige Mass hinaus gesetzgeberisch tä- tig werden sollte. Schliesslich ist der Bundesrat mit dem Motionär der Mei- nung, dass das Berufsbildungssystem mit Blick auf die An- passungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zu stärken ist Er wird die Gelegenheit nutzen, im Rahmen der Behandlung der gleichlautenden Motionen CVP-Fraktion und Kündig vom 9. Juni 1992 zur «Reform des schweizerischen Aus- und Wei- terbildungssystems» über die diesbezüglich beabsichtigten und teilweise bereits in die Wege geleiteten Massnahmen zu orientieren. Der Bundesrat wird die vielschichtigen Anliegen der Motionäre bei der Erarbeitung seines Programmes zur Revitalisierung des Wirtschaftsstandortes Schweiz berücksichtigen bzw. ein- gehend prüfen. Schriftliche Erklärung des Bundesrates
Déclaration écrite du Conseil fédéral Der Bundesrat ist bereit, die Motion in bezug auf das Anliegen für ein bedarfsgerechtes Aus- und Weiterbildungssystem ent- gegenzunehmen. Er beantragt, sie in bezug auf die übrigen Punkte in ein Postulat umzuwandeln. Frey Walter: Wie Sie aus den Unterlagen ersehen können, geht es hier um Reformen in der schweizerischen Arbeits- marktpolitik. Diese Motion wurde zusammen mit den ändern drei bürgerlichen Motionen eingereicht, ist also Teil des Revi- talisierungspakets, vom dem bereits die Rede war. Der Bundesrat empfiehlt Ihnen nun, von dieser angestrebten Reform vier Punkte in Postulats- und nur einen Punkt in Moti- onsform zu überweisen. Ich empfehle Ihnen, die Motion als Ganzes zu überweisen. Warum dies? Der Bundesrat hat in sei- ner Argumentation in bezug auf diese Motion hervorgehoben, dass einiges bereits verwirklicht sei und einiges im EWR- Bereich liege und vor der Verwirklichung stehe. Wie wir alle aber wissen, ist nun der EWR von Volk und Ständen abgelehnt worden. Darum habe ich das Gefühl, dass der Bundesrat auch zu den restlichen vier Punkten dieser Motion

eine positive Stellung einnehmen und sie in Motionsform überweisen lassen könnte und nicht nur als Postulat. Es geht bei den zu treffenden Massnahmen vor allem darum, flexible Arbeitsmarktbedingungen zu schaffen. Das berechtigte Schutzinteresse der Arbeitnehmer darf dabei selbstverständlich nicht in Frage gestellt werden, l'acquis social, comme vous venez de dire, cher Conseiller fédéral Delamuraz. Aber wir wollen flexible Arbeitsmarktbedingungen erreichen, denn damit erreichen wir die bestmögliche Voraussetzung, die Geissel der heutigen Zeit, die Arbeitslosigkeit, zu bekämpfen. Ich glaube, es gibt niemanden in diesem Saal, der behaupten möchte, dass eine möglichst tiefe Arbeitslosigkeit nicht gleichzeitig auch die beste Sozialpolitik ist, die wir in diesem Rate miteinander beschliessen könnten. Darum möchte ich Sie auffordern, die gesamte Motion zu den Reformen in der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik zu überweisen, und zwar als Motion, und nicht in vier Punkten als Postulat und in einem Punkt als Motion. Ich danke dem Rat und wäre selbstverständlich auch dem Bundesrat dankbar, wenn er sich meiner Meinung anschliessen könnte.

Leuenberger Ernst: Es scheint heute nachmittag «Dampfwalzenpolitik» betrieben zu werden; das reizt mich immer ein wenig, doch noch einige Dinge festzuhalten. Auf das, was Herr Frey Walter jetzt so gesagt hat, wären eigentlich in jedem Parlament der Welt zwanzig Leute aufgestanden und hätten gesagt: Mein lieber Herr Frey, das alles, was Sie hier fordern - oder das meiste, wo etwas Fleisch am Knochen ist -, hätten Sie am 6. Dezember mit einem Ja haben können. Sie bringen Kraut und Kabis durcheinander, führen zuerst eine fremdenfeindlich-peinliche Kampagne, verhetzen das Volk, was zu einem Nein führt - Herr Gros Jean-Michel hat von einem katastrophalen Abstimmungsresultat gesprochen -, und hinten-drein kommen Sie, machen einen Mischmasch aus Fremdarbeiter- und Asylpolitik - bei der SVP nicht ganz ungewohnt, muss ich sagen -, kleiden das Ganze in eine Motion, nennen das Ganze «Deregulierung» und meinen, das trage irgend etwas zur Lösung aktueller wirtschaftlicher Probleme bei. Es gibt bei Ihnen einen Satz: «Die heutige Fremdarbeiterpolitik führt zu einer Verzögerung von notwendigen Strukturanpassungen» Wenn Sie das wirklich ernst meinen, dann sprechen Sie mit Ihren Gewerbefreunden - Baugewerbe beispielsweise, Gastgewerbe beispielsweise -, und ziehen Sie mit den entsprechenden Gewerkschaften gemeinsam an einem Strick und eliminieren Sie das Saisonierstatut, das genau die beschriebene Situation herbeiführt. Das wäre übrigens auch über den EWR zu haben gewesen. Sie fahren dann weiter; Sie reden von «Mindestlohnvorschriften». Ich weiss nicht, ob Sie einige Zeit in Frankreich gelebt haben; dort hat man das «salaire minimum garanti». In der Schweiz gibt es eben keine gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhne. Namentlich haben sich die Gewerkschaften ja immer dafür ausgesprochen, dass man solche Probleme auf dem Vertragsweg löst. Aber es geht Ihnen ja um etwas ganz anderes; es geht Ihnen nämlich um die sogenannte Deregulierung im Rahmen des Kündigungsschutzes. Sie reden von «überzogenem Kündigungsschutz». Ich kann bloss bedauern, dass Sie damals nicht diesem Rat angehört hätten, als wir den Kündigungsschutz im OR revidierten. Damals ist von allen Sprechern klar erklärt worden: Wir wollen eine Missbrauchsbekämpfung im Kündigungsschutz. Alles, was in diesem OR-Kündigungsschutz realisiert wurde, ist schlicht und einfach Missbrauchsbekämpfung. Ich nehme an, dass auch Sie, der Sie als rechtschaffener Mann bekannt sind, dazu stehen, dass im Arbeitsleben, im Wirtschaftsleben beim Aussprechen von Kündigungen jeder rechtliche Missbrauch mit der ganzen Härte des Gesetzes bekämpft wird. Sie können nicht einerseits Herrn Delamuraz zujubeln und sagen, Sie wollten den Acquis social nicht gefährden, und gleichzeitig etwas schnoddrig in die Landschaft schreiben, wir hätten in diesem Land einen überzogenen Kün-

digungsschutz. Derlei ist schlicht und einfach nicht wahr. Ich höre auf zu reden. Sie wissen jetzt, wie es mir etwa ums Herz ist Sie wollen heute nachmittag deregulieren, weil einige - wie Herr Frey Walter - ein bisschen ein schlechtes Ge- wissen haben wegen dem, was sie da ökonomisch angerich- tet haben. Er soll nur sein schlechtes Gewissen noch ein biss- chen mit sich tragen. Ich bitte Sie, für die Behandlung dieser Vorstösse dem Bun- desrat zuzustimmen. Indem er die Punkte dieser Motion mit ei- ner Ausnahme zu Postulaten degradiert, beschreitet er, so glaube ich, den richtigen Weg. Frey Walter: Ich habe drei Punkte: Der erste Punkt, mein sehr geehrter Kollege Leuenberger Ernst, ist mein schlechtes Gewissen, das ich schon seit dem 12. Juni 1992 haben müsste. Das ist das Datum der Eingabe dieser Motion. Der zweite Punkt betrifft den EWR. Gerade das ist ja der sprin- gende Punkt: Der EWR ist abgelehnt worden. Was wir jetzt tun können, ist, die schweizerische Lösung in bezug auf die Refor-

14. Dezember 1992 2535 Motion Loeb François men des Arbeitsmarktes durchzuführen, und die beinhaltet den Acquis social. Als drittes möchte ich Ihnen sagen, dass Sie die Motion viel- leicht doch genau durchlesen sollten. Sie haben gesagt, ich mache eine Vermischung zwischen Asyl- und Fremdarbeiter- recht. Es steht aber auf der Seite 2 oben: «Bei den notwendi- gen Aenderungen in der Fremdarbeiterpolitik ist die humani- täre Asylpolitik von einer arbeitsmarktpolitisch ausgerichteten Ausländerpolitik klar zu trennen.» M. Delamuraz, conseiller fédéral: Lorsque nous avons dis- cuté de ce problème au Conseil des Etats, il s'est trouvé 28 conseillers aux Etats contre 2 pour dire que le Conseil fédé- ral avait raison de n'accepter de cette motion - elle était pré- sentée au Conseil des Etats par M. Uhlmann et l'est au Conseil national par M. Frey Walter - comme motion que le passage relatif à une formation professionnelle mieux adaptée aux be- soins. Là sont les domaines où le Conseil fédéral peut réelle- ment agir sur motion de votre part, avoir les dispositions en main, comme il les aurait eues dans le Traité sur l'Espace éco- nomique européen qui, de lui-même, réglait l'ensemble de ces problèmes. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral, sur ce point, est d'accord avec la forme d'une motion. Mais alors, Monsieur Frey Walter - puisque je dois aussi vous appeler par votre prénom pour ne pas confondre avec d'au- tres Frey qui pourraient se trouver dans la salle et qui «pousse- raient aux frais» - j'aimerais vous dire qu'admettre les autres points de votre motion en tant que motion, c'est faire injure au peuple suisse qui vous a suivi et qui a dit non à l'Espace éco- nomique européen. En effet, tout cela était contenu dans le Traité sur l'EEE et, partiellement, dans l'Eurolex qui en était l'application. On voyait s'organiser les transformations dans le domaine de la loi sur le travail, au titre de la main-d'oeuvre, de la main-d'oeuvre étrangère en particulier. On voyait s'entre- prendre comme un vol de joyeux oiseaux qui de l'Europe, dans un ciel bleu, allaient irriguer la Suisse, la réorganisation du séjour et de l'établissement des étrangers. Tout cela était joyeusement et complètement compris dans l'Espace économique européen. Vous n'en avez pas voulu, vous n'avez donc pas voulu, en particulier, de ces conditions. Il faut que nous les rediscutions. Elles posent notamment toute une série de problèmes de compétence cantonale qui avaient été réglés harmonieusement avec les 26 gouverne- ments cantonaux, y compris celui de Zurich, dans l'organe de discussion. Dès lors que cela n'est plus d'actualité et que l'EEE, au point de vue suisse, est enterré, c'est quelque chose que je dois re- négocier, recommencer, et où je dois retrouver, avec le Conseil fédéral, une certaine unité de ton, une certaine lon- gueur d'onde. Cela sera l'objet de la réunion des gouverne- ments cantonaux que MM. Koller, Felber et moi-même avons convoquée pour cette semaine à Berne, afin de battre le fer quand il est chaud. Mais si j'arrive devant eux avec une motion sur ces points, ces gouvernements

cantonaux me diront: «Mais de quel droit nous donnez-vous des directives, parce qu'une motion vous a été imposée, pour modifier toute une série de relations que nous étions d'accord de corriger entre Confédération et cantons, tant et aussi longtemps qu'existait un régime Espace économique européen, mais qui, dès le moment où il n'existe plus, doit être l'objet de nouvelles négociations, de nouvelles discussions?» Monsieur Frey Walter, l'état de grâce que nous avons obtenu, malheureusement sans vous, pendant l'été et l'automne, est terminé. Nous sommes maintenant en train de recommencer le chemin avec l'âpreté, avec la volonté qui est la nôtre. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral ne peut pas accepter, pas plus qu'au Conseil des Etats, les autres points de votre motion en tant que motion, et qu'il vous demande de les adopter comme postulat. Déjà grand seigneur, le Conseil fédéral, comme d'habitude! Mais ce sont des objets de postulat, rien de plus. Je vous demande, pour respecter la cohérence, avec le Conseil des Etats d'abord, mais surtout pour respecter la cohérence du système, de dire oui à la motion s'agissant de la reconnaissance des diplômes, etc., mais de dire non à la motion et de la reconnaître comme postulat s'agissant de tous les autres points. Cela nous permettra de travailler correctement et harmonieusement dans le respect d'une décision populaire qui ne voulait pas, le 6 décembre, de l'Espace économique européen pour la Suisse.

Frey Walter: Herr Bundesrat, ich möchte Sie ganz bescheiden darauf aufmerksam machen, dass man jetzt, wo die Zeit der Emotionen vorbei ist, vielleicht doch anerkennen könnte, dass es sich bei diesem Weg um einen autonomen, spezifisch schweizerischen Weg handelt, der die institutionellen Mängel des Vertragswerkes, beispielsweise die Weiterentwicklung, bei der wir nicht hätten mitbestimmen können, ausschliesst. Ich persönlich sehe eigentlich keinen Grund, warum Sie diese Punkte nur in Postulatsform überwiesen haben möchten. Berichte schreiben, das ist doch nicht Ihre Art. Wir machen jetzt etwas miteinander, das ist viel gescheiter. Bedarfsgerechtes Aus- und Weiterbildungssystem

Système adéquat de formation et de perfectionnement

Ueberwiesen - Transmis

Uebrige Punkte - Autres points

Abstimmung - Vote

Für Ueberweisung als Postulat 85 Stimmen

Für Ueberweisung als Motion 50 Stimmen

#ST# 92.3185

Motion Loeb

François

Auswirkungen von Verfassungs- bzw. Gesetzesvorlagen und von Verordnungen auf die Marktwirtschaft

Incidence des projets constitutionnels, législatifs et réglementaires sur l'économie de marché

Wortlaut der Motion vom 3. Juni 1992

Der Bundesrat will ein Revitalisierungs-Programm für die Wirtschaft in der Schweiz lancieren. Dieses kann nur Erfolg haben, wenn die staatlichen Rahmenbedingungen für das Funktionieren der Marktwirtschaft optimal gestaltet sind. Der Bundesrat wird deshalb beauftragt: 1. in den Botschaften zu Verfassungs- und Gesetzesvorlagen die Auswirkungen der jeweiligen Vorlage auf das Funktionieren der Marktwirtschaft darzustellen; 2. dasselbe verwaltungsintern beim Erlass von neuen Verordnungen durchzuführen; 3. bei den in Kraft stehenden Gesetzen und Verordnungen die Auswirkungen auf die Marktwirtschaft summarisch zu prüfen. Den eidgenössischen Räten ist vom Bundesrat innert nützlicher Frist ein entsprechender Bericht mit konkreten Verbesserungsvorschlägen und einem Massnahmenkatalog vorzulegen.

Texte de la motion du 3 juin 1992

Le Conseil fédéral a l'intention de lancer un programme de revitalisation de l'économie. Pour qu'il réussisse, il faut que les conditions-cadres dont dispose l'Etat permettent à l'économie de marché de fonctionner parfaitement. Je charge donc le Conseil fédéral: 1. de faire apparaître un nouveau chapitre dans tout message accompagnant un projet, législatif ou constitutionnel, chapitre où il exposera aux parlementaires les conséquences de ce projet sur le fonctionnement de l'économie de marché; 2. d'agir de même, au sein de l'administration, pour toute nouvelle ordonnance;

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdruckschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Motion Frey Walter Reformen in der schweizerischen Arbeitsmarktpolitik Motion Frey Walter Réforme de la politique du marché du travail en Suisse In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1992 Année Anno Band VI Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 09 Séance Seduta Geschäftsnummer 92.3219 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 14.12.1992 - 14:30 Date Data Seite 2532-2535 Page Pagina Ref. No

E. 20

022 045 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.